

5. Beschluss der Bezirksdelegiertenversammlung des GEW Bezirksverbandes Mittelhessen vom 18. Mai 2019

Antragsteller: Kreisverband Marburg-Biedenkopf, Bezirksvorstand

Beabsichtigte Attraktivitätsoffensive und Auslobung eines Lehrerpreises

Die Delegiertenversammlung der GEW Mittelhessen fordert die hessische Regierung und den hessischen Landtag auf, auf die in der Koalitionsvereinbarung vorgesehenen Aktionen einer „Attraktivitätsoffensive“ und der „Auslobung eines Lehrerpreises“ zu verzichten und stattdessen erst einmal die bildungspolitischen und personalpolitischen Verschlechterungen der letzten beiden Regierungs-Jahrzehnte zu beseitigen. Dazu gehören zum Beispiel:

- Arbeitszeitverlängerungen (bereits 1997, dann 2003/04)
- Gehaltskürzungen (Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld 03/04, Beihilfeanteile 2015,)
- Absenkung des Einkommensniveaus um 4 % (2015-2017), auf Dauer angelegt
- Zerschlagung des Hessischen Institutes für Lehrerfortbildung
- Nutzlose und bürokratische und Mehrarbeitsanordnungen, „Berichte“
- Defizitäres und chaotisches Management bei der Durchführung der Behindertenrechtskonvention (Inklusion)
- Anwachsen befristeter U-Versorgung statt in Regelbeschäftigungsverhältnissen

Nach der Beseitigung aller Verschlechterungen kann die Regierung in Zusammenarbeit mit den Lehrerorganisationen darüber beraten, wie man den Beruf in der Öffentlichkeit attraktiver darstellen will.

Begründung:

Die Verschlechterungen der letzten beiden Jahrzehnte haben dem Ansehen des Lehrerberufes Schaden zugefügt und den Beruf gegenüber der früheren Attraktivität herabgesetzt.

Ein maßloser Affront gegen die Lehrerschaft war das Brechen einer Zusage vor der Landtagswahl im Januar 2003 (Zur Erinnerung aus dem CDU-Landtagswahlprogramm vom 23.11.2002 : **Überschrift: „Gute Lehrer braucht das Land.“** Dann im Text: ... „Die CDU ist sich bewusst, dass die Belastung des Lehrerberufes in den vergangenen Jahren gestiegen ist, deshalb müssen die Arbeitsbedingungen verbessert und die Arbeitsbelastungen reduziert werden.“) Die Zusage zur Belastungsreduzierung wurde nicht nur nicht eingehalten, sondern nur wenige Monate nach der Landtagswahl in das exakte Gegenteil verkehrt, indem den Beamten die Wochenarbeitszeit um 9 Prozent erhöht wurde, den Lehrern nach der Heraufsetzung der Arbeitszeit von 1997 um 1 Stunde eine weitere Stunde auferlegt wurde.

Erst wenn die Landesregierung zur gesetzlich geforderten Fürsorge gegenüber den Beschäftigten zurückgekehrt ist, könnte man ernsthaft darüber verhandeln, mit welchen Möglichkeiten von Anreizen der Lehrerberuf von und in der Öffentlichkeit wirkungsvoll mit Merkmalen der Attraktivität ausgestattet werden kann.